

# Sprung auf den Rüstungszug

## In den Haushalten der deutschen Kommunen fehlen Milliarden Euro. Vielerorts konkurriert man um die Ansiedlung von Waffenproduzenten, um die Finanzen zu sanieren

Von Gerrit Hoekman

Die finanzielle Lage der Städte ist weiterhin katastrophal und verschärft sich immer mehr«, schlug der Präsident des Deutschen Städtetages und Bürgermeister von Leipzig, Burkhard Jung, im März Alarm. »Die städtischen Haushalte sind im freien Fall. Wir müssen immer neue Rekorddefizite vermelden.« Den Kommunen fehlten zuletzt 31,9 Milliarden Euro. Der Städtetag fordert deshalb vom Bund eine jährliche Soforthilfe von 30 Milliarden. Manche Kommunen hoffen, auf dem Trittbrett der boomenden Rüstungsindustrie mitzufahren, um sich aus der finanziellen Misere zu befreien.

Denn eine wichtige Einnahmequelle der Kommunen ist die Gewerbesteuer. Je mehr Gewinn ein im Ort ansässiges Unternehmen macht, um so höher die Abgabe an die Kommune. Und eine der gewinnträchtigsten Branchen ist im Moment zweifellos die Rüstungsindustrie. Der deutsche Handfeuerwaffenhersteller Heckler & Koch vermeldete zum Beispiel Ende Mai für das erste Quartal mit 128 Millionen Euro den besten Umsatz seiner Firmengeschichte. Der Gewinn betrug 20 Millionen Euro – eine Steigerung um sagenhafte 255 Prozent. Aufgrund der enormen Aufrüstung der Bundeswehr, der europäischen NATO-Staaten und der ukrainischen Armee sind die Auftragsbücher der deutschen Rüstungskonzerne randvoll.

### Knarren statt Kohle

Je mehr weltweit aufeinander geschossen wird, um so besser für die Rüstungsbranche und damit auch für die Standorte der Unternehmen. Im Fall von Heckler & Koch ist es Oberndorf am Neckar, wo die meisten der 1.340 Mitarbeitenden schaffen. »Viele Kommunen klagen über die Finanzlage, Oberndorf aktuell nicht: Es sieht um ein paar Millionen besser aus als gedacht«, berichtete der *Schwarzwälder Bote* im November. Genauer gesagt sind es 7,3 Millionen mehr, die Oberndorf im dritten Quartal 2025 über die Gewerbesteuer eingenommen hat. Der Haushalt ist nun so gut wie ausgeglichen. Wie hoch Heckler & Kochs Anteil ist, bleibt unbekannt. Steuergeheimnis! Aber es darf gewiss davon ausgegangen werden, dass er groß ist.

Dabei berechnet Oberndorf einen eher geringen sogenannten Hebesatz. Mit 350 Prozent liegt er deutlich unter dem bundesdeutschen Durchschnitt von 409

Prozent. Die Gewerbesteuer berechnet sich wie folgt: Unternehmensgewinn mal Steuermesszahl mal Hebesatz. Die Steuermesszahl liegt in der BRD einheitlich bei 3,5 Prozent. Den Hebesatz können die Kommunen hingegen selbst bestimmen. In den äußerst klammen Ruhrgebietsstädten Duisburg, Marl, Hagen, Recklinghausen und Mülheim an der Ruhr beträgt er über 500 Prozent. Oberhausen verlangt sogar 580.

Oberndorf gehört zu jenen Kommunen, die sich nicht erst großartig um die Ansiedlung eines lukrativen Rüstungskonzerns bemühen mussten. Bereits 1872 stellten die Brüder Wilhelm und Paul Mauser hier Gewehre her. Die Militärwaffensparte der sogenannten Mauser-Werke ging 2004 in die Rheinmetall Waffe Munition GmbH über, eine Tochter des Rheinmetall-Konzerns aus Düsseldorf. Sie beschäftigt etwa 200 Menschen in Oberndorf. Heckler & Koch siedelte sich erst 1949 in Oberndorf an.

Dank Kohle und Stahl wurde das Ruhrgebiet in zwei Weltkriegen zur »Waffenschmiede der Nation«. Ein Begriff, der sich in erster Linie auf die Alfred Krupp AG aus Essen bezog. Das Ende des Bergbaus bedeutete zunächst auch den Niedergang des »Reviers« als Standort der Rüstungsunternehmen. Angesichts des gewaltigen Stellenabbaus bei Industriekonzernen wie Thyssenkrupp oder dem Chemieunternehmen Evonik rief die Chefin der »Wirtschaftsweisen«, Monika Schnitzer, im Juli 2025 in einem Interview mit der *Westdeutschen Allgemeinen Zeitung (WAZ)*, dort wieder Rüstungsfirmen anzusiedeln. Denn in dieser Branche gebe es momentan den größten Bedarf an Facharbeiterinnen und -arbeitern.

Auch Duisburg spürt die Folgen des Strukturwandels in der Stadtkasse. »Im Jahresabschluss stehen deutlich höhere Ausgaben als Einnahmen. Das Defizit liegt bei rund 132 Millionen Euro. Das sind 261 Euro je Duisburgerin und Duisburger«, teilt die Kommune auf ihrer Internetseite mit. Laut der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen darf nur für eine maximale Dauer von zehn Jahren hintereinander ein negatives Jahresergebnis ausgewiesen werden. Spätestens 2037 muss der Duisburger Haushalt also positiv sein. Eine Mammutaufgabe. »Auf Dauer werden die kommunalen Finanzen nur dann wieder stabil, wenn auch endlich Bund und Land Verantwortung übernehmen. Das bedeutet, dass Städte und Gemeinden für ihre wachsenden Aufgaben auch die nötigen finanziellen Mittel bekommen müssen. Duisburg kann das nach Jahrzehnten der Konsolidierung nicht allein leisten«, mahnt Stadtkämmerer Martin Murrack auf [duisburg.de](https://www.duisburg.de).

Duisburg und das ganze Ruhrgebiet dürften nicht zu spät kommen, warnte Rasmus Beck, Geschäftsführer der Duisburg Business & Innovation GmbH (DBI), in der *WAZ* (6.7.2025). »In Duisburg haben wir das Know-how in Wissenschaft und Forschung sowie mit dem früheren Grobblechwerk in Hüttenheim und dem neuen Gewerbepark Wedau große Flächen, auf denen rüstungsrelevante Unternehmen sofort loslegen können.«

## **Branchenprimus Rheinmetall**

Im Kreis Kleve punktet die kleine Gemeinde Weeze mit ihrer Nähe zum Flughafen Niederrhein, der vor allem von Ryanair genutzt wird. Weeze kämpft ebenfalls mit einem Haushaltsdefizit in geringer zweistelliger Millionenhöhe.

Der Rüstungsriese Rheinmetall aus Düsseldorf hat nun dort in kurzer Zeit für 200 Millionen Euro eine Fertigungshalle mit 400 Arbeitsplätzen aus dem Boden gestampft. An dem Standort sollen für den US-Konzern Northrop Grumman Rumpfteile für den Tarnkappenbomber F-35 hergestellt werden. Die ersten werden voraussichtlich schon in diesem Herbst ausgeliefert.

Beim deutschen Branchenprimus Rheinmetall brummt das Geschäft ebenfalls. Im März gab der Konzern den Rekordumsatz von 9,9 Milliarden Euro für das Geschäftsjahr 2025 bekannt und unterm Strich einen Gewinn von 1,84 Milliarden Euro – eine Steigerung um 33 Prozent im Vergleich zum Vorjahr. Für 2026 erwartet der Konzern 14 Milliarden Euro Umsatz – ein erneutes Wachstum von 40 bis 45 Prozent. Waffen gehen im Moment besser über die Ladentheke als geschnitten Brot.

Dabei ist Weeze für Rheinmetall nur ein Nebenstandort. Der mit Abstand größte befindet sich im niedersächsischen Südheide im Landkreis Celle. Genauer gesagt in Unterlüß, einem der beiden Ortsteile von Südheide. In Unterlüß baut der Konzern aus Düsseldorf schon seit 1899 Waffen. Die Lage ist ideal: Ganz in der Nähe liegen die riesigen Truppenübungsplätze Munster Nord und Süd. Unweit davon befinden sich der NATO-Schießplatz Bergen und der Fliegerhorst Faßberg. Über 3.200 Menschen arbeiten aktuell im Werk in Unterlüß. Damit ist Rheinmetall der größte »Arbeitgeber« im Landkreis Celle. Laut Konzernchef Armin Papperger sollen es in Zukunft 4.000 oder sogar noch mehr werden.

Im April kündigte Rheinmetall ein Joint Venture mit dem europäischen Rüstungsunternehmen Destinus Nederland mit Sitz im niederländischen Almelo an. Die Kooperation wird den Namen Rheinmetall Destinus Strike Systems bekommen und Raketensysteme herstellen. Dazu gehören Marschflugkörper und ballistische Raketenartillerie. Konkret geht es um den Typ »Ruta 2« mit einer Reichweite von 700 Kilometern. Mit ihm könnten die europäischen NATO-Staaten die US-amerikanischen »Tomahawks« ersetzen. »Raketensysteme entwickeln sich von Systemen, die in begrenzter Stückzahl hergestellt werden, zu Industrieprodukten. Die eigentliche Einschränkung in Europa ist heute nicht die Nachfrage, sondern die industrielle Kapazität«, erklärte Destinus-CEO Mikhail Kokorich, der das Unternehmen in der Schweiz gegründet hat. Kokorich ist in der Sowjetunion geboren und besaß bis 2024 die russische Staatsangehörigkeit. Nun ist er Staatsbürger von Grenada. Er ist Gründungsmitglied des 2022 ins Leben gerufenen Russischen Anti-Kriegs-Komitees, zu dem auch Ex-Schachweltmeister Garri Kasparow und der Oligarch Michail Chodorkowski gehören.

Erst im vergangenen Sommer hat Rheinmetall-Boss Papperger in Unterlüß eine neue Munitionsfabrik eröffnet. Bundesverteidigungsminister Boris Pistorius, der niedersächsische Ministerpräsident Olaf Lies, NATO-Generalsekretär Mark Rutte, SPD-Chef und Vizekanzler Lars Klingbeil und der Generalinspekteur der Bundeswehr, General Carsten Breuer, gehörten zu den Gästen. Um Platz für die Munitionsfabrik zu schaffen, musste der Kleingartenverein »Laubenpieper« seine Parzellen räumen – sozusagen der erste Kollateralschaden. Hauptempfängerin der Waffen ist neben der Bundeswehr die ukrainische Armee, für die bereits der Kampfpanzer »Leopard 2« und der Schützenpanzer »Marder« in Unterlüß instandgesetzt werden.

Ende 2025 zog Rheinmetall den nächsten Großauftrag an Land: Die Artec GmbH, ein Gemeinschaftsunternehmen von Rheinmetall und KNDS Deutschland aus München, soll 222 Radschützenpanzer vom Typ »Schakal« an die deutschen und niederländischen Streitkräfte liefern. »Die Türme von über 180 Schakalen werden in Unterlüß gebaut, der Standort hat also einen großen Anteil an der Produktion des Fahrzeugsystems«, bestätigte Rheinmetall-Sprecher Oliver Hoffmann gegenüber der *Celleschen Zeitung* (20.10.2025).

»Rheinmetall lässt die Steuern der Gemeinde Südheide sprudeln«, titelte die *Cellesche Zeitung* schon im Dezember 2024. Sie prognostizierte, die Gemeinde Südheide könne 2025 mit 17,1 Millionen Euro aus der Gewerbesteuer rechnen. Wie viel genau von Rheinmetall stammt, ist auch hier unbekannt. »Rheinmetall zahlt am Standort Südheide Gewerbesteuern in Millionenhöhe und leistet damit einen substantiellen Beitrag zum Steueraufkommen der Gemeinde«, sagte Rheinmetall-Sprecher Oliver Hoffmann vage gegenüber der *Celleschen Zeitung*.

Die Entwicklung der Gewerbesteuer sei insgesamt bemerkenswert, so das Lokalblatt: »2021 flossen 6,7 Millionen Euro in die Gemeindekasse. 2023 waren es 11,6 Millionen Euro.« Südheide konnte mit dem Geld das Bürgerhaus und das Freibad sanieren. 2025 investierte die Gemeinde 1,3 Millionen in Schulen und Kitas, 400.000 Euro in einen Bürgerpark. Für 1,4 Millionen Euro wurde die Straßenbeleuchtung auf LED umgerüstet. Außerdem befindet sich ein Regionales Versorgungszentrum (RVZ) im Bau, in dem ab 2027 verschiedene Ärztinnen und Ärzte ihre Praxen eröffnen und soziale Beratungsstellen ein Zuhause finden. Im Moment ist Südheide auf Rosen gebettet.

## **Panzer statt Pkw**

Bis vor nicht allzu langer Zeit galten die großen Autobauer als Motor der Wirtschaft in der BRD. Doch inzwischen ist dort mächtig Sand im Getriebe. Während sich bei Rheinmetall die Bewerbungen stapeln, entlassen die Autohersteller reihenweise Mitarbeitende. Die maue Auftragslage lässt den einen oder anderen Automobilhersteller jetzt darüber nachdenken, sich ebenfalls einen Batzen vom Aufrüstungssondervermögen des Bundes einzusacken.

»Die Welt ist unberechenbarer geworden, und ich denke, es ist völlig klar, dass Europa seine Verteidigungsfähigkeit ausbauen muss«, erklärte der Vorstandsvorsitzende von Mercedes-Benz, Ola Källenius, Mitte Mai im *Wall Street Journal*. »Sollten wir dabei eine positive Rolle spielen können, wären wir dazu bereit.« Im Kerngeschäft brach der Gewinn im vergangenen Jahr nämlich um knapp die Hälfte ein.

Als Standort bietet sich das Mercedes-Werk im brandenburgischen Ludwigsfelde südlich von Berlin an, wo seit mehr als 30 Jahren Nutzfahrzeuge vom Band laufen. Ende 2029 soll aber die Serienproduktion des Modells Sprinter nach Polen verlagert werden. Mercedes verhandelt Medienberichten zufolge offenbar mit dem deutsch-französischen Konzern KNDS über eine Kooperation. KNDS räumt auf Anfrage der *Märkischen Allgemeinen Zeitung* (MAZ) zwar ein, auf der Suche nach einer passenden Produktionsstätte für den Radpanzer »Boxer« zu sein, will sich aber nicht dazu äußern, welche Partner

das Unternehmen dabei präferiert. Die 2.000 Werk tätigen im Mercedes-Werk in Brandenburg müssen noch um ihre Arbeitsplätze bangen.

Ludwigsfelde verzeichnet im Haushalt für 2026 erhebliche Einbußen bei der Gewerbesteuer von etwa 13,5 Millionen Euro. Die Rücklagen schrumpfen. Nicht alle geplanten Bauvorhaben können deshalb realisiert werden. Das betrifft Kitas, Grundschulen sowie Jugend- und Sporteinrichtungen. Nur bereits begonnene Projekte werden zu Ende geführt.

Ludwigsfelde steht im direkten Wettbewerb mit Osnabrück in Niedersachsen, wo Volkswagen Mitte 2027 die Autoproduktion einstellt. KNDS gehört anscheinend auch in Osnabrück zu den Unternehmen, die sich für das Werk interessieren. Jahrzehntlang produzierte die Wilhelm Karmann GmbH in Osnabrück für Volkswagen Cabriolets, bis das Familienunternehmen 2010 Insolvenz anmelden musste. VW übernahm die Fabrik, aber nur rund 2.300 der ehemals 5.500 Werk tätigen. Jetzt sucht VW einen neuen Investor.

### »Ergebnisoffene Markterkundung«

Im Moment scheint der israelische Rüstungskonzern Rafael Advanced Systems, beziehungsweise dessen deutsche Tochter Dynamit Nobel Defence (DND), die Nase deutlich vorn zu haben (vgl. *jW* vom 30.4.2026). KNDS ist wohl aus dem Rennen, was in Ludwigsfelde für Erleichterung sorgen dürfte. Rafael Advanced Systems baut das sagenumwobene israelische Raketenabwehrsystem »Iron Dome«. Bis Ende des Jahres soll ein Joint Venture mit VW gegründet werden, berichtete die *Wirtschaftswoche* am 13. Mai unter Berufung auf Quellen, die angeblich mit dem Prozess vertraut sind.

In Osnabrück sollen offenbar Teile für den »Iron Dome« hergestellt werden, »vom Unterbau bis zur Fahrzeugkomponente für Fahrzeuge, die Kampftechnik transportieren können«, erfuhr die *Wirtschaftswoche*. »Das Werk Osnabrück soll demnach auf die Produktion von Militär-Lkws für das mobile Flugabwehrsystem Iron Dome umgestellt werden – möglicherweise auch für die neuere laserbasierte Version Iron Beam.« Die Systeme und Raketen würden in Israel gefertigt und anschließend in Osnabrück auf die dort produzierten Militärfahrzeuge montiert. Das Endprodukt wäre wohl nicht für Israel bestimmt, sondern für Europa.

Die Belegschaft, die wenigstens teilweise übernommen werden soll, müsste sich jedenfalls nicht vollständig umstellen, sondern könnte ihre Expertise einbringen. »Schon lange werden Plattformen von Volkswagen (VW) in verschiedenen Streitkräften genutzt. Bisher wurden allerdings VW-Plattformen von Aus- und Umrüstern bestellt und nach Kundenanforderungen angepasst«, schrieb am 3. März *defence-network.com*, ein Internetportal für Verteidigungstechnik. Auf der internationalen Fachmesse »Enforce Tac« in Nürnberg habe Volkswagen die Prototypen MV 1 und MV 2 vorgestellt. MV ist die Abkürzung für »Military Vehicle«, flexibel einsetzbare Militärfahrzeuge, die im Osnabrücker Werk entwickelt wurden.

»Wäre es nach dem Konzern gegangen, hätte diese Nachricht nicht unbedingt in die Öffentlichkeit gehört«, berichtete der *NDR Niedersachsen* am 6. März in seiner Onlineausgabe. Eines der beiden Fahrzeuge sei ein vollkommen zum

Militärfahrzeug umgebauter VW Amarok gewesen, das andere der Kleintransporter VW »Crafter«. Sie sollten auf der Messe offenbar nicht als Produkte aus dem Hause Volkswagen zu erkennen sein. »Das Emblem war abgeklebt, auf der Seite stand lediglich der Schriftzug der Firma Diederich Engineering Systems (D. E. S.), die militärische Spezialfahrzeuge herstellt«, so der *NDR*. Es handele sich lediglich um eine »ergebnisoffene Markterkundung«, erklärte eine Sprecherin des Osnabrücker VW-Werks gegenüber *NDR Niedersachsen*. Der Konzern dementiere vehement, in Zukunft auch Waffen produzieren zu wollen.

»Wir hätten israelisches Know-how in Deutschland und der israelische Staatskonzern eine Produktion, die nicht bedroht ist vom Krieg«, freute sich der CDU-Bundestagsabgeordnete Bastian Ernst. Eine Aussage, die nicht zur Panikmache vor einem angeblich bevorstehenden russischen Angriff passt, die deutsche Politiker betreiben, um die gewaltige Aufrüstung der Bundeswehr zu rechtfertigen.

## **Widerstand in der Friedensstadt**

In Osnabrück ist die Skepsis gegenüber einem Rüstungsbetrieb in der Stadt groß. Immerhin wirbt Osnabrück für sich als »die Friedensstadt«. Dieses Selbstverständnis hat mit Osnabrücks Geschichte zu tun. Hier und in der 60 Kilometer entfernten Nachbarstadt Münster wurde von 1643 bis zum 24. Oktober 1648 der Westfälische Frieden ausgehandelt, der den verheerenden 30jährigen Krieg beendete. In Münster logierten seinerzeit die Gesandten der katholischen Kriegseite, in Osnabrück die protestantischen. Fünf Jahre lang ritten Boten durch einen entmilitarisierten Korridor zwischen den Städten hin und her und überbrachten Friedensvorschläge. Es war der erste große Friedenskongress der Neuzeit und ein Vorbild für die Beilegung späterer Konflikte.

Friedensgruppen in Osnabrück fühlen sich diesem historischen Vermächtnis weiterhin verpflichtet. Im April starteten sie eine Onlinepetition. »Das Werk der Volkswagen AG darf nicht Teil globaler Rüstungslogiken werden. Panzer, Raketen und Militärtechnik haben in einer Stadt wie Osnabrück keinen Platz. Eine solche Entwicklung widerspricht nicht nur den Interessen vieler Beschäftigter, sondern auch dem Selbstverständnis dieser Stadt«, heißt es in der Begründung. »Wer hier Waffen produzieren will, greift diese Identität direkt an. Was hier geplant ist, ist nicht einfach ein Eigentümerwechsel – es ist ein politisches Signal: weg von ziviler Produktion, hin zu militärischer Aufrüstung. (...) Die Umstellung eines zivilen Produktionsstandorts hin zu militärischen Zwecken normalisiert Kriegswirtschaft im Alltag und verschiebt gesellschaftliche Grenzen.«

Die Militarisierung der Gesellschaft feiert unterdessen auch in der Nachbarstadt Münster fröhliche Urständ. Seit 1998 verleiht die Westfälische Gesellschaft für Westfalen und Lippe (WWL) alle zwei Jahre in Münster den Internationalen Preis des Westfälischen Friedens. Heuer ist die Wahl der Preisträgerin geradezu grotesk: Es ist die NATO unter Mark Rutte! »Die NATO steht seit mehr als sieben Jahrzehnten als Bündnis für eine regelbasierte Sicherheitsarchitektur, die Konflikte eindämmt, Eskalation vorbeugt und Zusammenarbeit stärkt«, rechtfertigte WWL-Vorsitzender Reinhard Zinkann die

Wahl laut dem *WDR* im letzten November. Generalsekretär Mark Rutte sei eine Führungspersönlichkeit, die in Zeiten geopolitischer Spannungen »Pragmatismus, Geschlossenheit und Maß« verkörpere.

## **Deutsche Drohnen**

Es müssen jedoch nicht immer die großen Konzerne sein, die den Kommunen Geld in die Kasse spülen, manchmal reicht auch ein erfolgreiches Startup. Viele von ihnen siedeln sich im Münchner Speckgürtel an. Das 2015 gegründete und seitdem stark gewachsene Unternehmen Quantum Systems, das inzwischen über 1.000 Mitarbeitende hat, baut in Gilching im Landkreis Starnberg Mehrzweckdrohnen. Anfangs wurden sie in erster Linie für zivile Zwecke eingesetzt. Die Deutsche Bahn kontrolliert mit ihnen zum Beispiel ihr Gleisnetz auf Schäden. Im April 2022 verkaufte die Firma erstmals Drohnen an die Ukraine, danach auch an die Bundeswehr. Zu den Investoren des Unternehmens gehört unter anderem der rechtslibertäre US-Amerikaner Peter Thiel.

Insgesamt plant Gilching laut der bayerischen Tageszeitung *Merkur* (6.2.2026) im laufenden Jahr mit 19,3 Millionen Euro aus der Gewerbesteuer. Der Schuldenstand wird demnach von derzeit 11,2 Millionen Euro bis zum Jahresende auf voraussichtlich 25,6 Millionen steigen. Das liegt vor allem an dem neuen Feuerwehrhaus, das sich die Gemeinde gönnt. In diesem Jahr sind dafür 9,5 Millionen Euro vorgesehen, im nächsten 5,5 Millionen Euro. Gilching muss außerdem 21,7 Millionen Euro für die Kreisumlage an den Landkreis Starnberg überweisen. »Bei dem Schuldenstand kann ich ruhig schlafen«, zitierte der *Merkur* Finanzreferent Martin Fink (CSU). Gilching habe es in den vergangenen 15 Jahren auch geschafft, neue Kitas, ein neues Rathaus und die Westumfahrung zu bauen. Das sei gelungen, weil die Gemeinde immer auf eine gut gefüllte Rücklage geachtet habe. Aktuell beträgt diese 4,6 Millionen Euro.

Gut zehn Kilometer entfernt von Gilching liegt die Gemeinde Gauting, wo Quantum Systems einen zweiten Standort aufgebaut hat. Am Rande der Sicherheitskonferenz in München besuchten Bundesverteidigungsminister Boris Pistorius und der ukrainische Präsident Wolodimir Selenskij Gauting. »Dort wurde die erste produzierte Drohne des deutsch-ukrainischen Joint Ventures Quantum Frontline Industries (QFI) offiziell an die Ukraine übergeben - nur wenige Wochen nach Produktionsbeginn«, teilte das Bundesverteidigungsministerium auf seiner Homepage stolz mit. Vorgesehen ist eine industrielle Serienfertigung der Mehrzweckdrohne Linza mit bis zu 10.000 Stück pro Jahr zur Lieferung an die ukrainischen Streitkräfte.

## **»Es wird Wohlstand kosten«**

Stefan Kooths vom Kieler Institut für Weltwirtschaft (IfW) warnte im August 2025 in der Onlineausgabe von *ZDF heute* davor, von der Ansiedlung von Rüstungsunternehmen Wunderdinge zu erwarten: »Die Rüstungsindustrie ist hierzulande ein vergleichsweise kleiner Wirtschaftsbereich, etwa zur Automobilindustrie haben wir ein Verhältnis von 1 zu 10.« Sie sei zwar derzeit ein stark wachsender Bereich, »aber auch hier werden die Kapazitäten begrenzt, insbesondere dadurch, dass das Fachkräftereservoir beschränkt ist«. Die hohen Rüstungsausgaben werden nach seiner Ansicht auch nicht zu einem

gesamtwirtschaftlichen Wachstum führen. Im Gegenteil: »Es wird uns alle Wohlstand kosten.«

Was allgemein gerne vergessen wird: Der wichtigste Kunde der Branche ist die Bundeswehr, die mit einem schuldenfinanzierten Sondervermögen von 100 Milliarden Euro aufgepeppt wird. Hinzu kommt noch das Geld aus dem regulären Verteidigungshaushalt. Wenn es um den sozialen Wohnungsbau, das Gesundheitswesen oder die Grundsicherung ging, war die »Schuldenbremse« lange Zeit die heilige Kuh der deutschen Regierungen. Jetzt gilt sie nur noch für Ausgaben, die nicht in die Verteidigung fließen.

Es gibt eine Menge Leute, die das blutige Geschäft mit dem Krieg zurecht unmoralisch und anrüchig finden. »Aus dieser Fabrik kommt nichts Gutes. Die Kriege überall auf der Welt dürfen nicht aufhören, sonst droht in der Region zukünftig Arbeitslosigkeit«, rief die Initiative Friedensratschlag Lüneburg im letzten Sommer sarkastisch zu Protesten gegen die neue Munitionsfabrik von Rheinmetall in Unterlüß auf. Allerdings versammelten sich nur zwei Dutzend Protestierende vor dem Werkstor. Beim Ostermarsch 2026 waren es fast 200 Menschen aus der ganzen Region. Sie kritisierten, dass sich Konzerne wie Rheinmetall, Thyssen-Krupp oder Heckler & Koch mit derzeit laufenden Kriegen wie dem in der Ukraine die Taschen vollmachen. »Wir demonstrieren nicht pauschal gegen die Menschen, die hier arbeiten – aber jeder darf sich gerne überlegen, für wen und was er seine geistigen und körperlichen Fähigkeiten einsetzt«, erklärte ein Sprecher des Friedensratschlags gegenüber der *Celleschen Zeitung*. Die Mahnung wird wahrscheinlich ungehört verhallen, denn wie schon der römische Kaiser Vespasian wusste: »Pecunia non olet«, Geld stinkt nicht.

→ Gerrit Hoekman schrieb an dieser Stelle zuletzt am 11. März 2026 über wachsende Gewalt und Kriminalität in den von Palästinensern bewohnten Gebieten Israels: »[Bürger zweiter Klasse](#)«

<https://www.jungewelt.de/artikel/525144.militarisierung-sprung-auf-den-ruestungszug.html>